

Gewerkschaftsnachrichten

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut

Am 7. Dezember 1971 hat das Kuratorium des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften GmbH (WWI) einstimmig beschlossen, den Namen des Instituts in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH (WSI) umzuändern.

Diese seit längerem geplante Umbenennung soll zum Ausdruck bringen, daß das

Institut nicht nur wirtschaftswissenschaftliche Forschung im engeren Sinne betreibt. Der aktuelle Anlaß der Namensänderung liegt jedoch in der Übernahme neuer Aufgaben: Zukunftsforschung und Umweltgestaltung. Zu diesem Zweck soll die wissenschaftliche Kapazität des WSI ohne Vernachlässigung der bisherigen Forschungsschwerpunkte ausgebaut werden.

Der Aufbau einer gewerkschaftlichen Zukunftsforschung ist deshalb so wichtig, weil die Industrie die Bedeutung dieser neuen Forschungsrichtung seit langem erkannt hat und sie zielbewußt zur Sicherung und Festigung ihrer Interessen ein-

setzt. Die gegenwärtigen Machtverhältnisse werden dabei offensichtlich als nicht veränderungsbedürftig angesehen.

Demgegenüber muß eine von den Gewerkschaften getragene Zukunftsforschung herausstellen, wie auf Solidarität und Emanzipation gerichtete Zielsetzungen durch strukturändernde Maßnahmen durchgesetzt werden können. Dazu zählen neben der Stellung der Gewerkschaften in Wirtschaft und Gesellschaft Maßnahmen zur Mitbestimmung, Bildung und Vermögensbildung, Modelle der sozialen Sicherung, der Weiterentwicklung des Arbeits- und Sozialrechts, Fragen des strukturellen Wandels (wie Arbeitsbedingungen, Betriebs-, Unternehmens- und Regionalstrukturen) und der Umweltgestaltung. Ferner geht es um empirische Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Strukturen und individuellen Verhaltensweisen, um Verbraucherinteressen und Produktionsstrukturen sowie um die Entwicklung des methodischen Instrumentariums der Zukunftsforschung.

Zunächst werden allerdings nur die für die Gewerkschaften wichtigen Perspektiven zu den einzelnen Schwerpunkten, gegebenenfalls in Form von Alternativen, ent-

wickelt werden können. Danach kann entschieden werden, welche forschungspolitischen Aktivitäten der DGB unterstützen und zu welchen Fragen größere wissenschaftliche Untersuchungen durchgeführt werden sollten. Empirische Untersuchungen können in der Startphase nur ausnahmsweise vom Institut selbst in Angriff genommen werden.

Zunächst wird die Arbeitsgruppe für Zukunftsforschung in den Verbund der kürzlich geschaffenen drei Forschungsbereiche (Konjunktur und Struktur, Verteilung, Gesellschaftspolitik) eingegliedert. Die Arbeiten innerhalb dieser Bereiche werden jeweils von einem auf zwei Jahre gewählten Sprecher koordiniert. Dadurch soll eine Verbesserung der Kooperation mit dem DGB, eine Leistungssteigerung der Arbeit im WSI und ein Abbau hierarchischer Positionen zugunsten von mehr Teamarbeit in die Wege geleitet werden. Es wird angestrebt, die Aktivitäten in der Zukunftsforschung so weit voranzutreiben, daß nach einer Übergangszeit ein eigenständiger Forschungsbereich gebildet werden kann.

G.L.

Personalien

Der Leiter der Auslandsabteilung des DGB, *Otto Kersten* (42), ist am 14. 1. 1972 vom Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) in Brüssel bis zum nächsten IBFG-Kongreß zum Generalsekretär dieser Organisation gewählt worden.

Otto Kersten hat bereits in der Zeit von 1960 bis 1965 als Sekretär im europäischen Gewerkschafts-Sekretariat internationale Erfahrungen sammeln können, bevor er vom damaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg berufen wurde, die DGB-Auslandsabteilung neu aufzubauen. Im Rahmen dieser Tätigkeit hat er zahlreiche Kontakte zu den Gewerkschaftsbünden in der ganzen Welt geknüpft. Kersten

wurde darüber hinaus auch von der Bundesregierung in verschiedene Gremien und Kuratorien auf dem Gebiet der Entwicklungs- und auswärtigen Politik berufen. Otto Kersten sieht die wichtigste Aufgabe seiner neuen Funktion darin, durch eine engere weltweite Zusammenarbeit mit der Internationalen des Weltverbandes der Arbeitnehmer (frühere Christliche Internationale) und durch den Wiedereintritt des amerikanischen Gewerkschaftsverbandes AFL-CIO in den IBFG die Einheit der nichtkommunistischen Gewerkschaftsbewegungen auf Weltebene wieder herzustellen.

Seit Januar 1972 ist *Dr. Werner Thönnessen* stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallarbeiterbundes. Er ist zuständig für Südafrika und Asien

und für die Industrieabteilungen Automobilindustrie, Maschinen- und Apparatebau. Ferner ist er verantwortlich für die Verbindungen zum Europäischen Metallgewerkschaftsbund und für Fragen der ausländischen Arbeitnehmer. Thönnessen, Jahrgang 1929, hat in Paris, Mainz und Frankfurt Medizin, Philosophie, Soziologie und Psychologie studiert und bei Adorno über Frauenemanzipation in Politik und Literatur der SPD promoviert. 1957 trat er in die Vorstandsverwaltung der IG Metall ein, wo er seit 1961 die Pressestelle geleitet hat.

Der Bundesausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) hat am 2. Februar auf seiner Tagung in Düsseldorf in geheimer Abstimmung mit 109 Ja-Stimmen bei zwei Enthaltungen *Gerhard Schmidt* (52), Mitglied des Hauptvorstandes der Gewerkschaft öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), zum neuen Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB gewählt.

Schmidt tritt damit die Nachfolge des für Beamte zuständigen GBV-Mitgliedes *Waldemar Reuter* an, der den DGB Ende Februar verlassen wird, um beim Beamtenheimstättenwerk in Hameln die Leitung des Personalressorts zu übernehmen.

Gerhard Schmidt wurde am 15. September 1919 in Berlin geboren. Nach dem Besuch der Volksschule und des Kaiser-Friedrich-Real-Gymnasiums schloß er eine kaufmännische Lehre mit der Handlungsgehilfenprüfung ab. Nach der Kriegsgefangenschaft begann er 1947 seine Tätigkeit bei der Steuerverwaltung der Stadt Berlin. Im September 1952 schied er aus der Verwaltung aus und wurde in das Bezirksbeamtensekretariat bei der Bezirksverwaltung der ÖTV Berlin übernommen, bei der er bis Juni 1964 blieb. Anschließend wurde er in den Geschäftsführenden Hauptvorstand der ÖTV gewählt. Während zweier Legislaturperioden war Schmidt darüber hinaus Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin.